Zusammenfassende Sachdarstellung und Begründung

Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23
„Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“

Abwägungsbeschluss

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 18. Juli 2012 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ mit dem Ziel gefasst (Beschluss-Nr. V/2012/10628), das Potenzial des Hufeisensees und der ihn umgebenden Flächen zu nutzen und den See als Erholungsraum insbesondere für die Bevölkerung im Osten von Halle, aber auch als Raum mit stadtweiter Anziehungskraft zu entwickeln. In dem 1998 in Kraft getretenen Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) sind bereits Flächen am Hufeisensee als Grünflächen mit verschiedenen Zweckbestimmungen, u. a. Zeltplatz, Badeplatz und Wassersportanlage, zu diesem Zweck dargestellt worden. Das Nutzungsspektrum soll aber jetzt um den Golfsport erweitert werden. Zu dem soll eine Neuordnung der Nutzungen am See erfolgen.

Mit der Darstellung der Zweckbestimmung Golfanlage am Hufeisensee soll diese Nutzung, die im Flächennutzungsplan bisher nur im Bereich westlich des Osendorfer Sees dargestellt war, dort entfallen.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes, lfd. Nr. 23, und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ werden im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB durchgeführt. Das Parallelverfahren findet Anwendung, da der Flächennutzungsplan geändert werden muss, weil der aufzustellende Bebauungsplan sich nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickeln lässt.

Der Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes, lfd. Nr. 23, wurde in der öffentlichen Stadtratssitzung am 24.10.2012 gefasst (Beschluss-Nr. V/2012/10951).

Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand am 28.11.2012 in den Räumen der Halle Messe in Bruckdorf eine öffentliche Bürgerversammlung statt, die sowohl den Bebauungsplan als auch die Flächennutzungsplanänderung zum Inhalt hatte.

Als ein weiterer Schritt zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wurden die Planunterlagen zum Flächennutzungsplan im Technischen Rathaus vom 21.02.2012 bis zum 07.03.2012 zur Einsichtnahme ausgelegt.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte von März bis April 2013.

Während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wurden zahlreiche Hinweise, Anregungen und Bedenken zur Planung vorgebracht. Diese wurden durch die Verwaltung ausgewertet, einer internen Abwägung unterzogen und soweit erforderlich und möglich in der Planung berücksichtigt.

Der Stadtrat hat am 25. September 2013 den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ bestätigt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt (Beschluss-Nr. V/2013/11880). Gegenüber dem Aufstellungsbeschluss wurde der Geltungsbereich der Teilfläche „Hufeisensee“ im nordwestlichen Bereich des Plangebietes geringfügig erweitert.

Die Bekanntmachung zur öffentlichen Auslegung ist im Amtsblatt der Stadt Halle vom 16. Oktober 2013 erfolgt. Der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes lfd. Nr. 23

„Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ mit der Begründung einschließlich Umweltbericht und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen hat vom 28. Oktober 2013 bis zum 29. November 2013 in der Stadtverwaltung öffentlich ausgelegt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 24. Oktober 2013 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Diese Vorlage enthält den Beschlussvorschlag zu den abwägungsrelevanten Anregungen, die bei der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und bei der Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangen sind.

Im Rahmen der Auslegung sind insgesamt 67 Stellungnahmen eingegangen. Diese umfassen sowohl Sammelstimmungen mehrerer Personen als auch Stellungnahmen einzelner Personen. In den Stellungnahmen wird die Planung überwiegend abgelehnt.

Die Stellungnahmen wurden ausgewertet und die vorgebrachten abwägungsrelevanten Belange herausgearbeitet. Da es eine Vielzahl inhaltlich ähnlich lautender Aussagen gibt, wurden diese in Themengruppen eingeordnet und logisch zusammengefasst. Die Themengruppen wurden mit einem Buchstaben versehen.

Da die zum Bebauungsplan und zur Flächennutzungsplanänderung abgegebenen Stellungnahmen oft ähnlich gelagerte Anregungen und Einwendungen beinhalteten, wurde das für den Bebauungsplan erstellte System der Nummerierung der Belange für den Flächennutzungsplan zunächst übernommen und im Interesse der Vergleichbarkeit zum Abwägungsverfahren des Bebauungsplanes entsprechend auch für das Flächennutzungsplanänderungs-Abwägungsverfahren fortgeführt.

Die Abwägung erfolgte zu den Belangen, die zum Flächennutzungsplan vorgebracht wurden und nicht zu den nur für den Bebauungsplan abwägungsrelevanten Belangen.

Die wesentlichen vorgebrachten Belange waren Bedenken und Anregungen zu:

- Fragen des Umwelt- und Naturschutzes,
- dem Ablauf des Planverfahrens,
- Verkehrs- und Besucherzunahmen aufgrund neuer Planungen,
- der Versiegelung von Freiflächen,
- den Auswirkungen auf angrenzende Wohngebiete,
- überdimensionierten, nicht bedarfsgerechten Planungen,
- möglichen Lärm- und Umweltbelastungen,
- der Nutzung der Innenkippe für die Errichtung einer Wakeboard-Anlage,
- planfestgestellten Ausgleichsmaßnahmen auf der Innenkippe,
- der Inanspruchnahme von Landwirtschaftsflächen,
- der Inanspruchnahme der Deponie und den eventuellen Auswirkungen.

Im Ergebnis eines intensiven Abwägungsprozesses der öffentlichen und privaten Belange, sowohl unter- als auch gegeneinander, kann festgestellt werden, dass einzelne Belange bei der Planung bereits berücksichtigt wurden oder nicht berücksichtigt werden können. Viele Belange bezogen sich auf konkrete Planungen und deren Auswirkungen, die erst im Bebauungsplan und in den Ausführungsplanungen zur Umsetzung der Planvorhaben relevant sind. Dazu gehören z. B.

- Regelungen zum Badebetrieb,
- Gefahren durch die Wasserentnahme zu Bewässerungszwecken,
- Einschränkungen der Zugänglichkeit des Areals um den Hufeisensee.

Diese und ähnliche Belange sind nicht flächennutzungsplanrelevant.

Nicht berücksichtigt wurden weiterhin u. a. folgende Belange:

- Missachtung der Belange des Umwelt- und Naturschutzes,
- Kritik am Planverfahren,
- überdimensionierte und nicht bedarfsgerechte Planung,
- Befürchtung der übermäßigen Versiegelung von Freiflächen.

Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Belangen vorgebracht, bei denen im Rahmen des Abwägungsprozesses festgestellt wurde, dass diese in der Planung bereits berücksichtigt wurden.

Auf der Grundlage eines Hinweises der Bauaufsichtsbehörde wurde der geplante Campingplatz bei Kanena in der Teilfläche Hufeisensee, der bisher als Grünfläche mit Versorgungsfunktion und der Zweckbestimmung Zeltplatz dargestellt war, gemäß § 10 BauNVO als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Erholung, Camping dargestellt. Diese Veränderung war möglich, da damit keine Änderung der Planungsziele einherging, denn der Campingplatz war bereits Bestandteil der vom Stadtrat mit dem Aufstellungsbeschluss beschlossenen Planungsziele. Weitere Änderungen in der Planzeichnung waren im Ergebnis der Abwägung nicht erforderlich. In die Begründung wurden Hinweise auf Leitungsbestände und damit eventuell verbundene Nutzungseinschränkungen in der verbindlichen Bauleitplanung bzw. Ausführungsplanung aufgenommen, die auf den Stellungnahmen von Versorgungsträgern beruhen.

Im Unterschied zu dem im Parallelverfahren aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 158 stellt der Änderungsplan für die Teilfläche Hufeisensee nach wie vor eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Wassersportanlage dar. Grund dafür ist die planerische Absicht, die verschiedenen wassersportlichen Nutzungen auf der Innenkippe bzw. an ihrem östlichen Ufer zu konzentrieren und so, ausgehend von den schon bestehenden Anlagen, einen Wassersportpark entwickeln zu können.

Die Sonderbaufläche räumt dem bestehenden Wassersportzentrum Erweiterungsmöglichkeiten ein. Sie ist so ausgelegt, dass im Bedarfsfall auch eine Wakeboard-Anlage (Seilbahnanlage für Wasserski) dort eingeordnet werden könnte. Längerfristiges Ziel des bestehenden Wassersportzentrums ist es, sich als Leistungszentrum zu etablieren, in dem auch internationale Wettkämpfe stattfinden können. Dies ist geknüpft an die Entscheidungen des IOC, welche neuen Wassersportarten künftig olympisch werden. Bezüglich Wakeboard ist dies vorerst nicht zu erwarten. Damit ist in absehbarer Zeit eine Realisierung dieses Vorhabens nicht geplant. Deshalb verzichtet der Bebauungsplan auf eine solche Festsetzung. Mit der Darstellung im Flächennutzungsplan wird aber die langfristige Entwicklungsabsicht dokumentiert.

In der vorliegenden Planung wird gezeigt, dass unter Berücksichtigung des naturnahen Charakters des Areals mit der Einordnung eines Golfplatzes, der Ermöglichung der Erweiterung des Wassersportzentrums und der Einordnung des Campingplatzes der Bereich um den Hufeisensee erstmalig eine klare stadtplanerische Ordnung erfährt, die zu einer Verbesserung der Naherholungsfunktion für die Allgemeinheit führen soll.

Das gewählte Planverfahren und die bereitgestellten Unterlagen entsprechen den gesetzlichen Vorgaben.

Im Zuge der Familienverträglichkeitsprüfung wurde festgestellt, dass bei allen zukünftigen Maßnahmen im Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien besonders zu berücksichtigen und spezielle kinder- und jugendgerechte Gestaltungen vordergründig zu betrachten sind, sei es zum Beispiel bei der Gestaltung von Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten, bei der Gestaltung von Nutzungsentgelten oder auch bei der Verkehrsplanung, wobei eine Verbesserung der direkten Erreichbarkeit des Standortes mit dem ÖPNV anzustreben ist. Ziel ist es, dass der Standort auch

zukünftig für alle Familien, unabhängig von sozialem Status und Einkommensverhältnissen, genutzt werden kann.

Abschließend ist darauf zu verweisen, dass es ohne bauleitplanerische Bearbeitung des Areals bei der derzeit vorherrschenden Situation bleiben würde. Dies betrifft im Besonderen die Sicherheit der Badenden, da offiziell ein Badeverbot besteht, das illegale Befahren der Uferwege, die unkontrollierten mit Verlärmung und Verschmutzung einhergehenden Nutzungen rund um den See sowie das Fehlen attraktiver Angebote.

Anlagen:

- Anlage 1 Abwägungsvorschlag
- Anlage 2 Liste der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
- Anlage 3 Liste der Umlandgemeinden
- Anlage 4 Liste Beteiligung der Öffentlichkeit